

Gemeinsamer Antrag von CDU, FWV, Bündis90/Die Grünen, SPD auf weitergehende Förderung von Brennessel e.V. und Frauen und Kinder in Not e.V.

Der Landkreis Ravensburg fördert seit Jahren die Fachberatungsstelle Brennessel e.V. sowie Frauen und Kinder in Not e.V.

Gewalterfahrungen prägen die Opfer nachhaltig – ein Leben lang. Häusliche Gewalt und sexueller Missbrauch gibt es in ganz verschiedenen Formen und in jeder Bildungsschicht. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Existenzängste, der Stress und die soziale Isolation haben bei vielen Familien die Nerven blank liegen lassen und zu einem Anstieg der Fallzahlen beigetragen. Zudem ist ein Anstieg sicher auch gerade darauf zurückzuführen, dass es niederschwellige Hilfsangebote gibt und diese genutzt werden – und das soll verbessert und verstetigt werden. Der Teufelskreis, dass gerade die Opfer sich schämen, soll damit durchbrochen werden. Auch die Landesregierung Baden-Württemberg hat ein klares Zeichen gesetzt, dass Gewalt gegen Frauen und Kinder bekämpft und verhindert wird, wozu ein flächendeckendes Netz von Fachberatungsstellen notwendig ist. Dies gilt insbesondere für den Landkreis Ravensburg als großen Flächenlandkreis.

Die Fachberatungsstelle Brennessel e.V. bietet diese Beratung für sexuell missbrauchte Mädchen, Jungen und Jugendliche sowie Angehörige und Kontaktpersonen. Der Verein hat die letzten beiden Jahre an dem Bundesprojekt „Wir vor Ort“ teilgenommen und konnte damit die Beratung im gesamten Landkreis verstärken. Das Projekt läuft zum Ende des Jahres aus, aber wie dargestellt muss die Beratungskapazität gerade in Zeiten der Corona-Pandemie aufrechterhalten werden, um auch darüber hinaus die niederschwellige Hilfe zu gewährleisten. Der Verein ist sehr bemüht sich aus Fördermitteln des Landes und des Bundes, Spendenmitteln, usw. zu finanzieren, aber es bleibt eine Finanzierungslücke von knapp 30.000 €. Wir sehen hier auch das Land Baden-Württemberg in der Verpflichtung die Zusage eines flächendeckenden Fachberatungsangebotes mit zu finanzieren. Wir sehen die zwingende Notwendigkeit das Angebot langfristig aufrechtzuerhalten, auf Grund der unklaren Finanzierung wird zur Sicherstellung der Fortführung und um genügend Zeit zur Beratung im nächsten Jahr zu haben folgender **Antrag** gestellt:

Der Brennessel e.V. erhält für das Jahr 2022 eine weitergehende Förderung von 30.000 € auf dann insgesamt 80.000 €/Jahr. Die Landkreisverwaltung wird aufgefordert die Möglichkeiten einer erhöhten Landesförderung zu eruieren.

Der Verein Frauen und Kinder in Not betreibt das Frauenhaus zum Schutz, zur Hilfe und Beratung für Frauen und Kinder, die häusliche Gewalt erleben und erlebten.

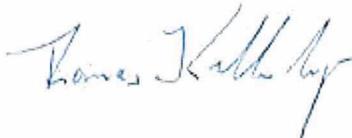
Die Ausgangslage und der spürbar gestiegene Bedarf wurden beschrieben und gilt für beide Beratungsstellen. Daher ist insbesondere wichtig die Interventionsstelle, die schnell im akuten Bedarf in Abstimmung mit der Polizei die betroffenen Frauen und Kinder unterstützen kann. Die Interventionsstelle soll daher um weitere 50 % auf 100 % aufgestockt werden. Auch wird die Landkreisverwaltung gebeten die Aufgaben der Nachbetreuung, Umgänge für einen Elternteil, Vorgespräche vor einer evtl. Aufnahme ins Frauenhaus, usw. im Rahmen der anstehenden Verhandlungen der Tagessätze zu berücksichtigen.



Auch hier gilt, dass die langfristige Sicherung der Arbeit gemeinsam mit dem Land sicherzustellen ist und die erforderlichen Beratungen im kommenden Jahr im Sozialausschuss zu führen sind auch unter dem Aspekt der Versorgung des Flächenlandkreises. Für die notwendige Aufstockung der Interventionsstelle wird folgender **Antrag** gestellt:

Der Frauen und Kinder in Not e.V. erhält für das Jahr 2022 eine weitergehende Förderung zur Aufstockung der Interventionsstelle von 50 % auf 100 % in Höhe von 45.000 € auf dann insgesamt rd. 130.000 €. Die Landkreisverwaltung wird aufgefordert die Möglichkeiten einer erhöhten Landesförderung zu eruieren.

Der Landkreis steht vor großen Investitionsmaßnahmen in die Berufsschulen, in die Landkreisverwaltung sowie die Krankenhäuser. Wir sind uns bewusst, dass diese Maßnahmen nur unter strenger Beachtung der Finanzierungsstrategie des Landkreises möglich sind, die keine neuen bzw. weitere Freiwilligkeitsleistungen vorsieht. Wie bisher bleibt es daher unverzichtbar, dass die Fachberatungsstellen über Spenden, usw. einen Eigenfinanzierungsanteil erbringen. Auf der anderen Seite hat sich der Landkreis der Abmilderung der Pandemieauswirkungen auf Kinder, Jugendliche und Familien verschrieben, so dass speziell für diese Aufgaben eine Ausnahme gerechtfertigt bzw. dringend notwendig ist. Eine gute Förderung ist auch eine Investition in Prävention und würde durch möglichst frühzeitige Hilfe mittel- und langfristige Kosteneinsparungen mit sich bringen.



Thomas Kellenberger

Sprecher im Sozialausschuss
CDU-Kreistagsfraktion

Hildegard Fiegel-Hertrampf

Sprecherin im Sozialausschuss
Bündnis 90/Die Grünen

Christa Stierle

Sprecherin im Sozialausschuss
FWV-Kreistagsfraktion

gez.

Gisela Müller

Sprecherin im Sozialausschuss
SPD-Kreistagsfraktion